

## I.

Einiges aus der Erfahrung zu Würdigung des Anspruchs, der in Berlin vom Standpunkte einer „gesunden“ Eisenbahnpolitik erhoben wird.

Eine im Februar d. J. zu Berlin erschienene Schrift: „Tarif-erhöhung oder Reichseisenbahnen?“\*), deren Inhalt auf einen den amtlichen Kreisen nahe stehenden Verfasser schließen ließ und wohl von ihren meisten Lesern als Vorläuferin des unterm 24. März 1876 an den Landtag gelangten Gesetzesentwurfs betrachtet worden sein dürfte, suchte für den Betrieb aller deutschen Eisenbahnen durch das Reich und für den allmäligen Uebergang aller dem letzteren convenirenden Eisenbahnen in dessen Eigenthum Propaganda zu machen.

Ihre Erörterung gipfelt in dem Satze:

„Es ist in der That kaum zu verkennen, daß eine gesunde, den „nationalen und volkwirthschaftlichen Interessen Deutschlands entsprechende Eisenbahnpolitik nur möglich ist, wenn die Leitung des „gesamten Eisenbahnwesens in den Händen des Reiches vereinigt „wird.“

Da das Reich aus Gründen seiner Zusammensetzung, seiner politischen Organisation, Macht- und Stimmen-Verhältnisse, der Aemterbesetzung und Amtsbefugnisse seinen Schwerpunkt in Preußen und Berlin hat und von dort aus in Allem regiert wird, über was dasselbe sich die Zuständigkeit erworben hat oder erwirbt, so geht dieser Satz von der Voraussetzung aus: daß in Preußen und in Berlin die vorzugsweise Heimath der richtigen und den Interessen des eigenen

---

\*) Als ob das Eine oder das Andere eintreten müßte! Wir werden zeigen, daß gerade aus dem System deutscher Reichsbahnen voraussichtlich große Tarifserhöhungen folgen würden.